

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

November 2010



Zur Vollbeschäftigung in nicht weiter Ferne

Den Propheten der Verelendung gehen einmal mehr die Zahlen aus. Beim Ausbruch der großen Finanzkrise vor zwei, drei Jahren war dem Kapitalismus der unausweichliche Niedergang prophezeit worden. Nicht nur mit vereinzelt Bankpleiten, sondern mit dem Zusammenbruch der Geldwirtschaft, mit der Entwertung des Finanzkapitals, mit der Verschrottung des wertlos gewordenen Realkapitals, mit Massenarbeitslosigkeit und nie dagewesenem Elend.

In der Tat, es ist viel Kapital vernichtet worden: Geldkapital; Realkapital, das in den Maschinen und Produktionsbändern steckt; Wagniskapital, das in der Risikobereitschaft der Unternehmer steckt. Das ist nicht zu leugnen. Es ist die Pflicht der Ökonomen, aus dem globalen Unfall zu lernen. Es ist die Pflicht der Politiker, der Frage nachzugehen, wo die Krisenursachen lagen, wo Verbesserungen im großen System der Weltwirtschaft möglich und dringlich sind. Ein Kapitalismus, der scheinbar anfallartig Arbeitsplätze, Produktionskapital und Geldkapital entwertet, kann nicht das Vorbild einer Wohlstand für alle schaffenden Weltwirtschaft sein.

Solche Zerrbilder des unabwendbarerweise zerstörerischen Kapitalismus gehen aber eben auch an der Wirklichkeit vorbei. Die Marktwirtschaften der Wirklichkeit haben nicht nur – wenn auch mit Schrammen und Verlusten – die Finanzkrise überstanden. Sie sind nicht einmal unter dem Missbrauch des Regelwerkes der Europäischen Währungsunion zusammengebrochen. Keine Frage: Es hat realwirtschaftliche Verluste gegeben, weil in manchen Ländern die Regeln eines Verbundes von Marktwirtschaften unter dem Dach einer Währung nicht eingehalten wurden. Das hat tiefe Spuren in den Wohlstands- und Beschäftigungsstatistiken hinterlassen. Aber der „Große Zusammenbruch“ ist ausgeblieben. In Deutschland liegt die Marke „Vollbeschäftigung“ in nicht weiter Ferne.

Hans D. Barbier

Deutschland und der Wettbewerb I

Das in der Schweiz ansässige World Economic Forum hat kürzlich seinen aktuellen Bericht zur globalen Wettbewerbsfähigkeit – „The Global Competitiveness Report 2010-2011“ – vorgelegt. Darin werden 139 Staaten mittels zahlreicher Indikatoren in zwölf Bereichen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit hin untersucht, benotet und in Ranglisten abgebildet.

Deutschland konnte sich gegenüber dem Vorjahresbericht beim Gesamtergebnis um zwei Positionen verbessern und landet auf dem fünften Rang; davor liegen nur die Schweiz, Schweden, Singapur und die USA. Überdurchschnittlich gut schneidet die Bundesrepublik im gesamten Bereich der Infrastruktur, bei der lokalen Wettbewerbssituation samt Aufsichtsbehörden sowie bei Innovations- und Leistungskraft von Unternehmen ab. Unter dem Durchschnitt der entwickelten Volkswirtschaften liegen insbesondere die Indikatoren zum Bereich der Arbeitmarkteffizienz, zur „Gesundheit“ der Banken und zur Staatsverschuldung. Die Autoren des Berichts erfragen zudem die größten Probleme für Unternehmen; in Deutschland sind dies vor allem die Steuervorschriften und – mit etwas weniger Nennungen – die Sätze, die restriktive Arbeits-

marktregulierung, der Zugang zu Finanzmitteln sowie eine ineffiziente öffentliche Bürokratie.

www.weforum.org/en/initiatives/gcp/

Deutschland und der Wettbewerb II

SPD-Chef Sigmar Gabriel, die NRW-Landesregierung, die IG-Bau, der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie – sie alle wollen nur das eine: Die drohende Übernahme des Baukonzerns Hochtief durch den spanischen Mitbewerber ACS verhindern. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen strebt beispielsweise schärfere Gesetze zum Schutz deutscher Unternehmen an. „Wir wollen die Möglichkeiten für feindliche Übernahmen erschweren“, sagte NRW-Justizminister Thomas Kutschaty. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Ressorts Wirtschaft, Finanzen und Justiz sowie der Staatskanzlei wolle die Möglichkeiten einer Gesetzesänderung über eine Initiative im Bundesrat ausloten.

Vergessen wird dabei: Vor vier Jahren spielte sich Ähnliches mit umgekehrten Vorzeichen ab. Damals wollte Eon den spanischen Versorger Endesa übernehmen; die spanische Regierung versuchte, die Übernahme zu verhindern. Sogar die EU-Kommission griff ein und strengte ein Vertragsverletzungsverfahren wegen des Blockadeversuchs an. Die Kommission vermutete, dass gegen die Binnenmarktregeln und

den freien Kapitalverkehr verstoßen werde.

Am Ende ließ man von spanischer Seite Eon zwar freie Hand; der deutsche Energiekonzern verlor aber das Interesse an der Übernahme. Apropos feindliche Übernahme: Der spanische Baukonzern ACS hatte angekündigt, Hochtief übernehmen zu wollen. Er ist mit knapp 30 Prozent bereits größter Einzelaktionär des Essener Konzerns. Verdrängt wird von den wohlmeinenden Helfern ebenso, dass die Einmischungen bei Arcandor, Holzmann oder Opel eher wie das Hornberger Schießen ausgingen.

www.bundesfinanzministerium.de/

Gib Gas! Oder lieber Strom?

Autos mit Elektromotoren schneiden in ihrer Kohlendioxid-Bilanz kaum günstiger ab als moderne Dieselfahrzeuge, so zumindest die Erkenntnis der Bundesregierung (Bundestags-Drucksache 17/3106).

Die Kohlendioxid-Bilanzen würden bei Elektro- und Hybrid-Fahrzeugen stark von den Kohlendioxid-Emissionen bei der Stromerzeugung abhängen. Bei konventionellen Fahrzeugen hänge viel vom Anteil der Biokraftstoffe im Treibstoff ab. Die verstärkte Nutzung von erneuerbarer Energie bei Elektrofahrzeugen wirke sich auf die Kohlendioxid-Bilanz positiv aus. Bei Betrieb mit Strom aus Wind-, Solar- oder Wasserkraft würden die Emissionen von Elektrofahrzeugen bei „nahezu null Gramm CO₂ je km“ liegen – wenn man Autobau, Anlagenbau und anderes nicht berücksichtigt.

www.bundestag.de/presse/hib

Risikoreiche Resterampe

Verhältnismäßig unbachtet hat Anfang Oktober die zweite „Bad Bank“ ihre Arbeit aufgenommen. Die Hypo Real Estate (HRE), zu 100 Prozent in Staatsbesitz, durfte nach der WestLB ihre unverkäuflichen Wertpapiere an eine Abwicklungsgesellschaft übertragen.

Angenommen, ein Druck- und Verlagshaus würde beschließen, möglichst viele Bestsellerautoren von anderen Verlagen abzuwerben und mit üppigen Vorauszahlungen langfristig an das eigene Verlagshaus zu binden in der Hoffnung, künftig quasi Bestseller vom Band verkaufen zu können und entsprechende Erlöse zu erzielen. Weiterhin vorausgesetzt, dieser Plan fände Gehör bei drei, vier Banken, die dann durch Kredite die geplante Expansion unterstützen würden. Ferner unterstellt, das Ganze erweise sich als Flop, weil die erhofften Bestseller und die damit erwarteten Gewinne ausbleiben. Und schließlich unterstellt, das – aufgrund der immensen Vorauszahlungen und der fehlenden Einnahmen – überschuldete Unternehmen dürfte mit staatlichem Segen seine Schulden in eine „Bad Book Gesellschaft“ auslagern und der Schuldenabbau würde aus dem Steuertopf erfolgen: Nach allgemeinem Empfinden würde vermutlich das große Kopfschütteln über solchen Unsinn einsetzen.

Immerhin gilt in einer Marktwirtschaft: Wer wirtschaftlich tätig ist, haftet auch für sein Tun oder Lassen. Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen diesen Mechanismus in der realen Wirtschaftswelt. Ob Wirtschaftskrise, Fehlkalkulation

oder anderes, im Zeitraum Januar bis August 2010 wurden 21 888 Unternehmensinsolvenzen gemeldet. Die Unternehmen wurden in der schärfsten Form bestraft, die eine marktwirtschaftliche Ordnung kennt – das Ausscheiden aus dem Markt.

Ausnahmefall: Bad Bank

Doch wie so oft gibt es die berühmte Ausnahme von der Regel. Speziell für Banken sieht das „Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung“ vom 17. Juni 2009 vor, dass sie „strukturierte Wertpapiere, Risikopositionen sowie nichtstrategienotwendige Geschäftsbereiche“ auf eine sogenannte Bad Bank übertragen dürfen. Die damalige Bundesregierung – die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD – eröffnete zudem den Bundesländern mit dem Gesetz die Möglichkeit, landesrechtliche Abwicklungsanstalten für misswirtschaftende Landesbanken zu errichten. Dadurch sollten die Bankbilanzen bereinigt und die Kreditvergabe an die produzierenden Unternehmen angekurbelt werden, „ohne die Steuerzahler mehr als notwendig zu belasten“.

Eine Bad Bank agiert nicht wie eine normale Bank, und sie ist nicht an die üblichen Bilanzregeln von Banken gebunden. Beispielsweise muss sie nicht permanent die ge-

haltenen Wertpapiere bewerten und eventuelle Kursverluste umgehend abschreiben. Stattdessen dürfen die Papiere, die im Zuge der Banken- und Finanzkrise unverkäuflich geworden waren, nach eigenen Maßgaben der Bad Bank bewertet werden. Der Haken: Für viele gibt es keine aktuellen Marktpreise; und abschätzen, was aus einem Papier wird, in dem zum Beispiel amerikanische Hypotheken verbrieft sind, kann derzeit wohl niemand.

Landesbank wird „abgewickelt“

Als erstes Institut durfte die WestLB im Mai 2010 toxische Wertpapiere und „nichtstrategische Aktivitäten“ vor allem aus internationalen Engagements in Höhe von 78 Milliarden Euro in eine Bad Bank auslagern. Es war eine Premiere in der deutschen Bankenlandschaft, die wohl auch deshalb mit dem Namen „Erste Abwicklungsanstalt“ (EAA) versehen wurde.

Haupteigentümer der EAA sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Sparkassenverbände des Landes. Anfang Oktober 2010 hat die EAA ihre erste Bilanz vorgelegt und weist darin einen Verlust von rund einer Milliarde Euro aus. Der EAA-Vorstand sieht sich und seine Anstalt aber auf gutem Weg: „Es ist wie beim Fliegen. Der



„Eine Bad Bank kann ich mir ökonomisch und vor allem politisch nicht vorstellen.“

Peer Steinbrück (im Januar 2009), bis Oktober 2009 Bundesminister der Finanzen

meiste Treibstoff wird beim Start verbraucht.“ Er rechnet auf absehbare Zeit mit besseren Zahlen.

Bad Bank, die zweite

Nachdem der Bund knapp acht Milliarden Euro Kapital zur Rekapitalisierung der Hypo Real Estate (HRE), die übrigens im Zug der Finanzkrise verstaatlicht wurde, eingesetzt und zuletzt den staatlichen Garantierahmen auf 142 Milliarden Euro aufgestockt hat, wurden Anfang Oktober 2010 unverkäufliche Wertpapiere der HRE mit einem Buchwert von 173 Milliarden Euro in eine Bad Bank namens „FMS Wertmanagement“ verschoben.

Die FMS Wertmanagement ist gemäß ihrem Statut „eine wirtschaftlich selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts innerhalb der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA)“. Der Leitungsausschuss des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ – unter dem Kürzel SoFFin bekannt – leitet die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung; seine drei Mitglieder werden vom Bundesfinanzministerium in Abstimmung mit der Deutschen Bundesbank ernannt.

Das Risiko für die seit Monatsbeginn Oktober als „werthaltig“ eingestuften Papiere der HRE trägt ausschließlich die Staatskasse, und zwar so lange, bis sich eines Tages vielleicht Käufer finden, die für den unverkäuflichen „Schrott“ bieten – eine Wette der Politik auf die Zukunft. Immerhin sollen die HRE-Wertpapiere durchschnittlich noch eine Restlaufzeit von 16

Jahren haben, die maximale Laufzeit soll sogar noch 38 Jahre betragen – alles andere als ein überschaubarer Zeitraum. Die Öffentlichkeit erfährt auch nicht, was übertragen wurde, und ebenso wenig, wie die Bewertungen zustande gekommen sind. Für Außenstehende ist es daher kaum möglich zu beurteilen, ob weitere Lasten drohen und wie hoch diese werden könnten.

Hoffen auf das Beste als politische Strategie

Will niemand die „Schrottpapiere“ haben, geht das Risiko voll zulasten der Steuerzahler: Die FMS selbst ist mit einem Eigenkapital von 3,8 Milliarden Euro ausgestattet. Reicht das nicht, muss der staatliche Bankenrettungsfonds SoFFin für alle weiteren Verluste haften.

Das eigentlich skandalöse: Still und leise haben die Gläubiger der HRE ihre Verbindlichkeiten zu 100 Prozent zurück erhalten. Vor rund einem Jahr war zu lesen, wer diese in- und ausländischen Gläubiger sind. Von der Allianz und der Barclays Bank über die Deutsche Post AG bis zur Zusatzversorgung der Debeka: Sie alle hatten bei der HRE unbesichert – ohne vereinbarte Rückgriffsmöglichkeiten auf andere HRE-Wertpapiere oder Immobilien im Fall einer Insolvenz – Kapital angelegt.

Die Bad Bank der HRE hat einen wundersamen Nebeneffekt. In der Insolvenzpraxis sind Gläubigerquoten von drei bis fünf Prozent die Regel. Nur abgesicherte Gläubiger erhalten bessere Quoten. Während also Gläubiger eines

„normalen“ Unternehmens bei einer Pleite eine Rückzahlung im unteren einstelligen Prozentbereich erhalten, bleiben die HRE-Gläubiger verlustfrei und verlieren keinen Cent. Die Politik hat die Verantwortung für das unbesicherte Risiko allein auf die Steuerzahler abgewälzt.

Unsicherheiten in Milliardenhöhe

Mit welcher Summe der Steuerzahler letztendlich einspringen muss, ist kaum zu beziffern. Eventuelle Ausfälle hängen hauptsächlich von zwei Faktoren ab: vom Wert, zu dem die Papiere in die Bad Bank übernommen wurden, und vom erzielbaren Erlös in den kommenden Jahren. Die Bewertung dürfte zweifellos schwierig sein.

Der Bankenrettungsfonds SoFFin ging 2009 von einer realen Ausfallrate von fünf Prozent aus – bei den rund 173 Milliarden Euro allein der HRE wären das immerhin knapp neun Milliarden Euro, für die der Steuerzahler haften müsste. Die SoFFin-Schätzungen gelten im Vergleich zu anderen Analysen aber eher als optimistisch. Finanzmarktexperten halten reale Ausfallraten in Höhe 25 Prozent und mehr für wahrscheinlicher. Diese Ausfälle hängen auch vom Wertansatz der Schrottpapiere ab. Wenn eine Bank ihre „toxischen“ Papiere höher bewertet als angebracht, könnte selbst 25 Prozent zu optimistisch geschätzt sein. Steuergelder in zwei-, im ungünstigsten Fall in dreistelliger Milliardenhöhe könnten eines Tages fällig werden. Müssen dafür even-

tuell neue Staatsschulden aufgenommen werden, bleibt auch für künftige Steuerzahler-Generationen einiges abzuzahlen.

Zahlreiche Anreize für „moral hazard“

Knackpunkt des Bad-Bank-Konzeptes ist die Haftungsübernahme der ausgelagerten Risiken durch den Staat. Das ordnungspolitisch fragwürdige daran: Zum einen werden die begünstigten Banken – derzeit WestLB und HRE – von Risikokosten entlastet. Bis zur Offenbarung der Fehlkalkulationen und -spekulationen hatten sie aber die Risikoprämien, die aus den Geschäften angefallen waren, als Gewinne vereinnahmt.

Aus politischen Erwägungen können Banken fest damit rechnen, dass ihnen eine staatlich organisierte Abwicklungsgesellschaft Risiken abnimmt und sie auf die Steuerzahler überträgt. Das wiederum schafft Anreize für die Institute, auch in Zukunft unkalkulierbare Risiken einzugehen.

Marktbeobachter setzen bereits auf den bei Ökonomen „moral hazard“ genannten Effekt: Die Ratingagentur Fitch hat Mitte Oktober die langfristige Bonitätseinschätzung für die HRE Holding sowie für die dazu gehörende Deutsche Pfandbriefbank (PBB) mit „A-“ bestätigt. Die positive Bonitätseinschätzung gründe darauf, dass eine hohe Wahrscheinlichkeit für weitere Staatshilfe bestehe – als einer der größten Emittenten von Pfandbriefen sei die PBB als „systemrelevant“ einzustufen.

Andreas Schirmer



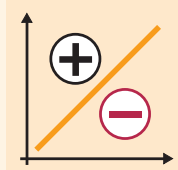
„Einen ausgeglichenen Arbeitsmarkt mit einer Arbeitslosigkeit von nur noch drei bis vier Prozent werden wir frühestens im Jahr 2020 haben.“

Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit

IM KLARTEXT

November 2010

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im November 2010

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Der „Ausbildungspakt“ zwischen Regierung und Wirtschaft wird bis 2014 verlängert, allerdings ohne Beteiligung der Gewerkschaften. Der DGB moniert, Bundesregierung und Arbeitgeber rechneten sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt schön: 72 000 Jugendliche gelten danach als versorgt, auch wenn sie nur in berufsvorbereitenden Maßnahmen, Praktika und Einstiegsqualifizierungen steckten.

Der Ausbildungspakt war 2004 erstmals ausgehandelt worden. Die Unternehmen konnten dadurch eine Ausbildungsabgabe für Betriebe stoppen, die keine Lehrstellen

anbieten; vor allem die Gewerkschaften hatten für die Zwangsabgabe plädiert. Stattdessen verpflichteten sich die Arbeitgeberverbände damals, freiwillig 30 000 neue Lehrstellen im Jahr zu schaffen. Für den zweiten Pakt (2007) wurde die Zielmarke auf 60 000 erhöht. Auch im neuen, Ende Oktober 2010 geschlossenen Pakt sagt die Wirtschaft – bei sinkenden Schulabgängerzahlen – wieder 60 000 Ausbildungsplätze und 30 000 Praktika in Betrieben zu. Ergänzend werden 10 000 spezielle Praktika für benachteiligte Jugendliche geschaffen. Immerhin gab es dieses Jahr zum dritten Mal in Folge mehr unbesetzte Lehrstellen als unversorgte Bewerber.

Lehrstellenbilanz

	unbesetzte Lehrstellen	unversorgte Bewerber
2005	12 600	40 900
2006	15 400	49 500
2007	18 400	29 100
2008	19 500	14 500
2009	17 300	9 600
2010	19 600	12 300

jeweils Ende September
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Eigenverantwortung



Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen hat 2010 ein Rekordhoch erreicht. Wie der Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen (BDIU) bekannt gab, stieg die Zahl der Insolvenzen von Privatleuten im laufenden Jahr auf rund 110 000 (2009: 101 000). Der Wirtschaftsauskunftei Credit-

Schulden 2010

nach Alter, in Euro

18 bis unter 25	8 411
25 bis unter 35	20 547
35 bis unter 45	36 652
45 bis unter 55	41 675
55 bis unter 65	55 518
65 bis unter 70	47 115
70 und älter	40 325
Durchschnitt	33 140

Quelle: Inst. für Finanzdienstleistungen e.V.

reform zufolge reichen Beträge von rund 10 000 Euro besonders bei Jüngeren bereits aus, um langfristig in finanzielle Nöte zu geraten.

Als Gründe nennt die BDIU-Umfrage zu hohe Konsumausgaben, schlechte Vorbilder im Elternhaus und mangelnde Eigenverantwortung. Von Überschuldung betroffen sind den Inkasso-Unternehmen zufolge in zunehmendem Maße junge Menschen. Zugleich ergab die Herbstumfrage des BDIU aber auch, dass Rechnungen generell wieder pünktlicher bezahlt werden.

Geldwertstabilität



Bis Ende Juni 2010 haben die Bundesbürger ein Bruttogeld-

vermögen von gut 4,7 Billionen Euro angehäuft. Dem stehen Schulden von 1,5 Billionen Euro gegenüber, sodass sich ein Nettogeldvermögen von rund 3,2 Billionen Euro ergibt. Das Geldvermögen setzte damit die seit fünf Quartalen andauernde Erholung fort und liegt – nicht inflationsbereinigt – gut 350 Milliarden Euro über dem krisenbedingten Tiefpunkt vom ersten Quartal 2009.

Vermögenswerte wie Immobilien, Wertpapiere und Firmenanteile sind in der Geldvermögensaufstellung im Übrigen nicht erfasst.

Private Geldvermögen

jeweils zu Jahresbeginn, in Milliarden €



Quelle: Deutsche Bundesbank

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa-Report (innen); Bundesagentur für Arbeit

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard